

Soziologische Schriften

Band 22

**Beziehungen zwischen dem normativen
und dem produktiven Aspekt einer
Demokratisierung der Wirtschaft**

**Überlegungen zum Problem der Übertragbarkeit
des Demokratiemodells auf die Wirtschaft**

Von

Dr. Jochen Block



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

JOCHEN BLOCK

**Beziehungen zwischen dem normativen und
dem produktiven Aspekt einer Demokratisierung der Wirtschaft**

Soziologische Schriften

Band 22

Beziehungen zwischen dem normativen und dem produktiven Aspekt einer Demokratisierung der Wirtschaft

Überlegungen zum Problem der Übertragbarkeit
des Demokratiemodells auf die Wirtschaft

Von

Dr. Jochen Block



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Block, Jochen

Beziehungen zwischen dem normativen und dem produktiven Aspekt einer Demokratisierung der Wirtschaft: Überlegungen zum Problem d. Übertragbarkeit d. Demokratiemodells auf d. Wirtschaft. — 1. Aufl. — Berlin: Duncker und Humblot, 1977.

(Soziologische Schriften; Bd. 22)

ISBN 3-428-03845-2

Alle Rechte vorbehalten

© 1977 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1977 bei Buchdruckerei A. Sayffaerth - E. L. Krohn, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3 428 03845 2

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	11
2. Allgemeine Grundlagen von Forderungen nach Demokratisierung	19
2.1. <i>Generelle Gründe für die Dauerhaftigkeit der Auseinandersetzung um das Modell der Demokratie</i>	19
2.1.1. Gesellschaftsordnung als historisches Phänomen	19
2.1.2. Die umfassende Allgemeinheit der demokratischen Leitidee	22
2.1.3. Ordnungsmodell und Ordnungsrealität	24
2.1.4. Die Auseinandersetzung um bestimmte Demokratiemodelle	25
2.1.5. Resümee	26
2.2. <i>Aspekte des Problems politischer Demokratie als Implikationen von Demokratisierungsforderungen</i>	27
2.2.1. Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit	28
2.2.2. Der Beginn von Demokratie als Demokratisierung des Staates ..	30
2.2.3. Idee und Realisierung der Selbstbestimmung	32
2.2.4. Bestimmung des Allgemeinwohls	35
2.2.5. Das Problem der Machtregulierung	37
2.2.6. Herrschaft als Ausdruck institutionalisierter Macht	38
2.2.7. Das Rechtsstaatsprinzip	41
2.3. <i>Die Annahme von einer umfassenden Gültigkeit des Prinzips demokratischer Ordnung</i>	43
2.3.1. Rechtsstaatliche Demokratie und die historische Rolle des Bürgertums	43
2.3.2. Die These von der Machtfreiheit der privaten Sphäre der Wirtschaft	44
2.3.3. Macht und Herrschaft als gesellschaftliche Phänomene	46
2.3.4. Die wechselseitige Verzahnung zwischen Staat und Gesellschaft	47
2.3.5. Die politische Bedeutung kontroverser Demokratieverständnisse	50

3. Systematische Begründung der Annahme einer Übertragbarkeit des Demokratiemodells	52
3.1. <i>Systemtheoretische Überlegungen zum Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft</i>	52
3.1.1. Sinnhafte Differenzierung und Komplexität von Handlungssystemen	52
3.1.2. Reduktion und Erhalt von Komplexität	55
3.1.3. Die Identität des Individuums	58
3.1.4. Individuelle Entfaltung und hohe Komplexität	60
3.2. <i>Freie Entfaltung aller Individuen als universell-gesellschaftliches Problem</i>	61
3.2.1. Demokratische Ordnung und gesellschaftliche Komplexität	61
3.2.2. Das politische System als Träger gesellschaftlicher Ordnungsleistungen	63
3.2.3. Die demokratische Gestaltungsfunktion des Sozialstaates	64
3.2.4. Demokratische Partizipation und Selbstbestimmungserfahrung	66
3.2.5. Demokratisierung gesellschaftlicher Subsysteme	70
3.2.6. Demokratisierung und Interessenqualität von Entscheidungen ..	71
3.3. <i>Ergebnisse der bisherigen Überlegungen</i>	74
3.3.1. Demokratisierung als historischer Prozeß	74
3.3.2. Die Übertragbarkeit des Demokratiemodells auf die Wirtschaft	78
4. Prinzipielle Bedingungen des Wirtschaftens als Determinanten einer Demokratisierung	82
4.1. <i>Arbeit und Wirtschaften als generelle Erscheinungen gesellschaftlicher Existenz</i>	82
4.1.1. Zum Begriff des Wirtschaftens	82
4.1.2. Zweckrationaler und wertrationaler Aspekt der Arbeit	84
4.1.3. Wirtschaften als produktiver Prozeß und als Herrschaftsprozeß	85
4.2. <i>Merkmale des Wirtschaftens vorindustrieller Gesellschaften</i>	87
4.2.1. Gering differenzierte Produktionsstruktur und personale Sozialbeziehungen	88
4.2.2. Die gesellschaftliche Doppelfunktion des Produktionsmitteleigentums	89
4.3. <i>Das ökonomische System der Industriegesellschaft</i>	94
4.3.1. Allgemeine Bedingungen industrieller Produktion	94

4.3.1.1. Entwicklung der Technik	94
4.3.1.2. Teilung und Konzentration der Produktionsvorgänge	95
4.3.1.3. Der Koordinationstyp der Organisation	97
4.3.2. Private Verfügungsmacht der Kapitaleigner als Grundlage der ökonomischen Herrschaftsordnung	99
4.3.2.1. Doppelte Funktion herrschaftlicher Koordination	99
4.3.2.2. Die soziale Durchsetzung des Industriesystems	100
4.3.2.3. Die „Privatisierung“ der Wirtschaft	101
4.3.2.4. Interesseneinseitigkeit der Herrschaftsordnung	102
4.3.2.5. Die Verselbständigung des Verzinsungsinteresses	105
4.3.2.6. Trennung von Eigentümer- und Unternehmensleitungs- funktion	106
4.3.2.7. Fremdbestimmung und Entfremdung der Arbeit	107
4.3.3. Auseinandersetzung um die Ordnung der Industriegesellschaft ..	109
4.3.3.1. Dimension und Ordnungsrealität des ökonomischen Systems	109
4.3.3.2. Oligarchische Wirkungen des liberalen Rechtsstaats	110
4.3.3.3. Politisches und ökonomisches Herrschaftssystem	111
4.3.3.4. Ergänzung des Rechtsstaats durch den Sozialstaat	113
5. Interdependenz ökonomischer und politischer Herrschaft am Beispiel der Geschichte der Mitbestimmung	115
5.1. <i>Demokratisierung und Mitbestimmung im Zusammenhang</i>	115
5.1.1. Funktionalität und Legitimität ökonomischer Ordnung	115
5.1.2. Die Konkretisierung von Demokratisierung	117
5.1.3. Demokratisierung nicht nur als Mitbestimmung	118
5.1.4. Mitbestimmung als Element der Veränderung der ökonomischen Herrschaftsordnung	119
5.2. <i>Die Geschichte der Mitbestimmung als Beispiel evolutionär-refor- merischer Demokratisierung der Wirtschaft</i>	122
5.2.1. Erste Ansätze zur Lösung der sozialen Frage	122
5.2.1.1. Patriarchalische Denkmuster	122
5.2.1.2. Liberal-bürgerliche Reformbestrebungen	124
Unwirksamkeit sozialer Theorien	127
5.2.2. Die Idee einer Wirtschaftsverfassung als einer Parallele zur politischen Demokratie	129
5.2.2.1. Vom Fabrikabsolutismus zur konstitutionellen Fabrik	129
5.2.2.2. Der „Herr-im-Hause“-Standpunkt der Mehrheit der Arbeit- geber	131
5.2.2.3. Die zwiespältige Haltung der Sozialdemokratie	136
5.2.2.4. Gesetzliche Maßnahmen des Staates	137

5.2.2.5. Hinwendung der Gewerkschaften zur evolutionären Strategie	138
5.2.2.6. Das formale Ende der einseitigen Fabrikherrschaft	139
5.2.2.7. Das Weimarer Verfassungskonzept einer demokratischen Gesellschaftsordnung	140
5.2.2.8. Das gewerkschaftliche Konzept einer Wirtschaftsdemokratie	143
5.2.3. Der Weg zu den Mitbestimmungsgesetzen der Bundesrepublik Deutschland	145
5.2.3.1. Impulse für eine Neuordnung der deutschen Wirtschaft	145
5.2.3.2. Kampf der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber um die Mit- bestimmung	147
6. Demokratisierung und Mitbestimmung im Rahmen des Verfassungskon- zepts der Bundesrepublik Deutschland	150
6.1. <i>Existenz zweier deutscher Gesellschaftssysteme und die Konkurrenz demokratischer Ansprüche</i>	150
6.2. <i>Das Demokratiekonzept des Grundgesetzes</i>	152
6.2.1. Das Grundgesetz als Gesellschaftsverfassung	152
6.2.2. Diskrepanz zwischen Verfassungsmöglichkeit und Ordnungs- realität	153
6.3. <i>Demokratisierung auch der Wirtschaft als Konsequenz des sozialen Gestaltungsauftrags des Grundgesetzes</i>	155
6.3.1. Soziale Marktwirtschaft und Demokratisierung	155
6.3.2. Demokratisierung und Mitbestimmung	157
6.3.3. Der Kompromiß zwischen gesellschaftlichem und privatem Pro- duktionsmitteleigentum	159
6.4. <i>Charakteristische Antipositionen und Gemeinsamkeiten in der Demokratisierungsdiskussion</i>	161
6.4.1. Arbeitgeber: Vorsichtige neue Ansätze bei überwiegend konser- vativer Grundhaltung	162
6.4.2. Arbeitnehmer: Zwischen Klassenkampf und Sozialpartnerschaft	165
7. Probleme der Demokratisierungsqualität von Mitbestimmungsansätzen	169
7.1. <i>Strukturelle Merkmale des Leistungssystems Unterunternehmen</i>	170
7.1.1. Das Unternehmen als offenes und dynamisches soziales System	170
7.1.2. Führung und Organisation	172
7.1.3. Demokratisierung als Strategie der Erhaltung von Leistungs- bereitschaft	173

<i>7.2. Mitbestimmung als Versuch der Beseitigung der Interesseneinseitigkeit herrschaftlicher fixierter Entscheidungsprozesse</i>	175
7.2.1. Einfluß von Mitbestimmung auf Legitimation und Zielbereich von Herrschaft	175
7.2.2. Verbreiterung von Herrschaftslegitimation durch Mitbestimmung im Aufsichtsrat	176
7.2.3. Beeinflussung des Zielbereichs von Unternehmensherrschaft durch Mitbestimmung des Betriebsrats	178
<i>7.3. Entfaltungschancen der Individuen im Arbeitsprozeß</i>	181
7.3.1. Autoritäre Erfahrungswelt und persönliche Qualifikation zur Selbstbestimmung	181
7.3.2. Gestaltungschance und Leistungsmotivation	182
7.3.3. Praktische und pragmatische Humanisierung der Arbeitswelt ..	184
7.3.4. Vom Untergebenen zum Mitarbeiter	186
7.3.5. Mögliche Fortschritte einer Demokratisierung am Arbeitsplatz	188
<i>7.4. Weitere Demokratisierung auch der Wirtschaft als Aufgabe der Zukunft</i>	189
8. Zusammenfassende Schlußbemerkungen	192
Literaturverzeichnis	201

1. Vorwort

Mit aller Vehemenz ist seit einiger Zeit erneut die Diskussion über die Grundlagen unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgelebt. Als einer der Kristallisationspunkte des öffentlichen Disputs ist die Forderung nach Demokratisierung, insbesondere nach Demokratisierung der Wirtschaft, in das Zentrum der Auseinandersetzungen geraten.

Nach einer Zeit relativer politischer und wirtschaftlicher Stabilität, die geprägt war durch die Anstrengungen, die politischen und wirtschaftlichen Trümmer im Gefolge der Zeit des Nationalsozialismus zu beseitigen und die Verhältnisse auf neuer Grundlage zu konsolidieren und zu entwickeln, wurde das Erreichte hinsichtlich vor allem seines demokratisch-normativen Anspruchs einer kritischen Bestandsprüfung unterzogen.

In vielfältiger Weise wurden Diskrepanzen zwischen Verfassungsanspruch bzw. Verfassungsideal und Verfassungswirklichkeit festgestellt. Vor allem die zunächst als „Wirtschaftswunder“ empfundene, in unerwarteter Steigerung des Sozialprodukts und des allgemeinen Wohlstands sich ausdrückende Situation der Wirtschaft geriet mehr und mehr in das Blickfeld der Kritik. Besonders aus den Unversitäten, und in ihnen von den Sozialwissenschaften, wurden kritische Impulse ausgelöst.

In einer Zeit, da die drückende Last möglicher Arbeitslosigkeit und des Ringens um die tägliche materielle Existenzerhaltung für die meisten Bundesbürger in beruhigende Ferne gerückt schien, fielen zunehmend Argumente auf fruchtbaren Boden, die nunmehr die Kehrseite des so erfreulichen Wohlstands zu beleuchten begannen. Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit von Einkommen und Vermögen wurden gestellt; nach der Gleichgewichtigkeit von „privatem Reichtum“ und der Versorgung mit „öffentlichen Gütern“ wie Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen; nach dem existentiellen Wert von individuellem materiellem Wohlstand überhaupt; nach der Erhaltung einer gesunden Umwelt; nach der Kontrolle ökonomischer und politischer Macht; nach der Möglichkeit individueller Selbstbestimmung; nach der faktischen Realisierung individueller Chancengleichheit u. a. wurde gefragt.

Kurz, die Öffentlichkeit wurde in zunehmendem Maße (unterstützt vor allem durch gesteigerte Intensität der Meinungsbildung in dieser Richtung im Rahmen der Massenmedien) sensibilisiert in bezug auf Probleme der Gerechtigkeit und Sinnhaftigkeit gesellschaftlicher, spe-

ziell auch ökonomischer Ordnung. Dieser Sensibilisierung des öffentlichen Bewußtseins entsprach das politisch mobilisierende Schlagwort der „Reform“.

Reformerische Veränderungen gesellschaftlicher Gegebenheiten wurden jedoch nicht so sehr nur unter dem pragmatischen Gesichtspunkt einer Verbesserung der eher technizistischen Funktionalität gesellschaftlicher Regelungen angestrebt bzw. in Angriff genommen, sondern die gewünschten Veränderungen wurden mehr und mehr unter einem spezifisch normativen Anspruch betrieben, der seinen Niederschlag im Begriff der „Demokratisierung“ fand.

Sehr schnell wurde dann allerdings klar, daß sich hinter dem intentionalen Klammerbegriff Demokratisierung z. T. gravierend unterschiedliche und manchmal sich in der letzten Konsequenz auch gegenseitig ausschließende Analyse- und Strategiepositionen verbergen.

U. a. aus aktuellen Anlässen gesetzlicher Reformeingriffe bzw. Eingriffsvorhaben in das System der Wirtschaft, wie z. B. der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes, der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Anstrengungen in Richtung auf ein neues Bodenrecht, Vorhaben zur Verbesserung der Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsvermögen, Vorschlägen zu Änderungen der Bildungs- und Ausbildungsregelungen und auch der Steuergesetze und schließlich den Plänen zur Ausweitung der paritätischen Unternehmensmitbestimmung auf die Großunternehmen der deutschen Wirtschaft, anläßlich also derartiger Gestaltungsakte bzw. Absichten dazu prallten und prallen im Prinzip und im Detail unterschiedliche Positionen der Demokratisierungsdiskussion aufeinander.

Sind es zum einen die Differenzen, die die Auseinandersetzungen kennzeichnen, zwischen solchen Positionen, die mit dem Prinzip bzw. dem Begriff der Demokratie selbst und demzufolge auch mit dem Begriff Demokratisierung abweichende und z. T. äußerst schillernde und auch diffuse Ziel- und Methodenvorstellungen verbinden, so werden zum anderen dem Gebrauch des Begriffes Demokratisierung überhaupt und der damit verbundenen Annahme einer Übertragbarkeit des Prinzips der Demokratie aus dem politischen Bereich in andere Bereiche der Gesellschaft und besonders in den Bereich der Wirtschaft grundsätzliche Bedenken entgegengebracht.

Neben Ansichten, Demokratie sei nur ein Ordnungskonzept des Politischen und nicht übertragbar¹, stehen apodiktische Pauschalmeinungen des Inhalts, die „Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen oder der Zuchthäuser“², die in verfeinerter Form bis zur Furcht vor der Gefährdung der

¹ Vgl. u. a. *Schleyer*, H. M. (215), besonders S. 78 ff.

² *Industriekurier* v. 7. 10. 1965. Zitiert nach *Hillmann*, G. (111), S. 7.

ganzen Kultur durch eine Geisteshaltung, die sich des Begriffes Demokratisierung bediene, führt: „Ich scheue mich nicht zu sagen, daß das, was sich hinter diesem Begriff verbirgt, auf die Preisgabe von Grundlagen der abendländischen politischen Kultur hinausläuft, wie sie einschneidender nicht gedacht werden kann.“ Am Ende stehe gar die „Agonie der Freiheit“³.

Solche theoretischen Differenzen, eine bisweilen mit geradezu dogmatischer Verbissenheit geführte Auseinandersetzung und eine z. T. durch hektischen Übereifer gekennzeichnete Reformpraxis leisten m. E. der Gefahr Vorschub, die für eine im Wandel befindliche Gesellschaft wie die der Bundesrepublik als notwendig zu erachtenden Reformbemühungen — um nämlich die Glaubwürdigkeit des Wertanspruchs, eine freiheitliche Gesellschaftsordnung zu sein, zu bewahren — grundsätzlich zu diskriminieren.

Dieser Arbeit liegt daher die Annahme zugrunde, daß der in der öffentlichen Auseinandersetzung offen zutagegetretene Dissens über die Reichweite des Demokratiemodells gesellschaftlicher Ordnung einer konstruktiven Konzentration der gesellschaftlichen Energien auf eine stabile Weiterentwicklung der realen Gesellschaftsordnung und damit des Gesellschaftssystems der Bundesrepublik insgesamt hinderlich im Wege steht; daß eine derart kontroverse Diskussion aber auch die Chance bietet, nochmals in aller Offenheit die Ordnungsgrundlagen und die daraus abzuleitenden Zielvorstellungen für eine zukünftige Entwicklung zu überdenken und auf diesem Wege das mögliche und nötige Konsenspotential auszuloten⁴.

Daher wird weiterhin angenommen, daß, was immer man im einzelnen unter Schlagworten wie „Systemveränderung“ oder „Systemerhaltung“ verstehen will, eine Gesellschaft nicht daran vorbeikommt, einerseits ihre wertemäßigen und normativen Grundlagen den sich wandelnden Umweltbedingungen anzupassen, wie sie andererseits zu überprüfen hat, ob und inwieweit die tatsächlichen gesellschaftlichen Regelungen und Zustände diesen wertemäßigen und normativen Grundlagen entsprechen. Sie kommt aber auch nicht daran vorbei, auf der Basis bestimmter Werte- und Normenorientierungen mit aller Intensität die Effizienzbedingungen insgesamt zum Erhalt und zur Steigerung des materiellen Niveaus der Gesellschaft bzw. zur Stabilisierung des Erreichten zu verbessern oder zumindest zu bewahren. Die Erhaltung bzw. Steigerung gesellschaftlicher Produktivität ist eine der wichtigsten dieser allgemeinen Effizienzbedingungen⁵.

³ Hennis, W. (109), S. 22 und S. 39.

⁴ Wenn man will, ist eine solche kritische Bestandsprüfung eine der, wie ich meine, wichtigsten Voraussetzungen für das Wirken sogenannter „aufbauender Kräfte“, die z. B. *Sontheimer* beschwört (*Sontheimer*, K.: Perspektiven der deutschen Demokratie. In: *Sontheimer*, K. [226], S. 264).